

St. Peters Bote,
 die älteste deutsche katholische Zeitung
 in Kanada, erscheint jeden Donnerstag im
 Muenster, Sask., und liefert bei Voraus-
 zahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00
 In den Staaten u. Ausland, \$2.50
 Einzelne Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu
 100 Dollar pro Zoll einseitig für die
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für
 nachfolgende Einrückungen.

Bestellungen werden zu 20 Cents pro
 Heft wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00
 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei
 großen Aufträgen gewährt.

Jede, nach Ansicht der Herausgeber
 für eine erstklassige katholische Familien-
 zeitung unpassende Anzeige wird unbeding-
 t zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u. m. an
ST. PETERS BOTE,
 Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. H. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. H. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

18 Jahrgang, No. 19. Münster, Sask., Donnerstag den 23. Juni 1921. Fortlaufende No. 903.

St. Peters Bote,
 the oldest Catholic newspaper in
 Saskatchewan is published every
 Thursday at Muenster, Sask. It is
 an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:
 \$2.00 per year, payable in advance.
 \$2.50 to the United States and abroad.
 Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:
 Transient advertising \$1.00 per inch
 for first insertion, 50 cents per inch
 for subsequent insertions. Reading
 Notices 20 cents per count line.
 Display advertising \$2.00 per inch
 for 4 insertions, \$20.00 per inch for
 one year. Discount given on large
 contracts. Legal Notices 25 cts. per
 square line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any
 price, which the publishers consider
 unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
 Muenster, Sask., Canada.

Vom Ausland.

Wien. Das österreichische Kabinett unter Staatskanzler Dr. Mayr, das seit dem 20. November 1920 im Amt war, trat am 1. Juni zurück. Als Grund hierfür wurde die Volksabstimmung in Steiermark über den Anschluß an's deutsche Reich angegeben. Die Großdeutsche Partei beschloß, sich zu weigern, den Finanzplan der Alliierten für Österreich zu unterstützen, insofern er dem Land Beschränkungen auferlege, die nicht im Verfaller Vertrag vorgesehen wären. Wie weiter berichtet wurde, unterzeichneten Deutschland und Österreich eine Vereinbarung, durch die die Tarifbestimmungen aus der Zeit vor dem Kriege wieder in Kraft treten.

Genf. In einer Sitzung der Völkerliga - Kommission wurde eine Resolution zu Gunsten der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund angenommen.

Paris. Die Wiedergutmachungs-Kommission gab bekannt, Deutschland habe in Ausführung von Artikel V des Zahlungsplans für Wiedergutmachung soweit an die obige Kommission am 31. August d. J. fallig werdende Schatzanweisungen zum Betrag von 840 Millionen Goldmark und in ausländischen Papieren etwa 200 Millionen Mark abgegeben. Der Ueberschuß dieser beiden Beiträge über die Milliarde Goldmark, die Deutschland vor dem 1. Juni zu zahlen hatte, der sich auf 40 Millionen Goldmark stellt, wird zur Amortisierung eines Teils dieser Schatzanweisungen verwendet werden.

Der Friedensvertrag mit Ungarn der am 4. Juni 1920 im Trianonpalast zu Versailles unterzeichnet wurde und der als der Vertrag von Trianon bekannt ist, wurde am 7. Juni von der französischen Deputiertenkammer ratifiziert. 478 Stimmen wurden zu Gunsten der Ratifizierung und 74 dagegen abgegeben.

Athen. Laut Depeschen ging der griechische Dampfer Voulolina mit 138 Passagieren in die Tiefe. Das aus Smyrna kommende Schiff stieß auf eine Klippe und sank so schnell, daß nur zwei Leben gerettet werden konnten. Außer bürgerlichen Passagieren befürdete der Dampfer viele Soldaten aus Smyrna.

Berlin. Generaloberst von Kluck feierte am 20. Mai seinen 75. Geburtstag. General v. Kluck führte im Weltkrieg die 1. Armee, deren stolzer Siegeszug im August 1914 die Augen der Welt auf sich lenkte. Später hielt er mit seiner Armee an der Aisne treue Wacht, bis er am 29. März 1915 in der Schlacht an der Somme durch Schrapnellschuß schwer verwundet wurde. Seine Heilung nahm geraume Zeit in Anspruch, so daß er kein neues Kommando mehr erhielt. Er lebt seitdem in Berlin.

München. Die hiesige Gewerkschaft der Schriftsetzer nahm einen Beschluß an, daß in Zukunft kein Mitglied der Gewerkschaft einen Artikel oder einen Satz setzen darf, der zum Mord aufreizt. Die Gewerkschaft erklärt, es sei nicht ihre Absicht, eine Zensurbehörde für Zeitungen bilden zu wollen, aber die Mitglieder der Gewerkschaft sollten nicht länger als Werkzeuge für Propaganda, die zu Gewalttaten anreize, dienen. Das Vorgehen der Schriftsetzer ist die Folge der Er-

mordung des Abgeordneten Gareis, eines Unabhängigen Sozialisten, und der Unterdrückung des radikalen Blattes Rampa, in dem in großen Buchstaben der Satz erschienen war: „Pöchner (Polizeichef in München) ist noch immer am Leben!“ Die Schriftsetzer erklären, daß sie sich weigern, dazu beizutragen, daß solche Funken in das politische Pulverfaß geworfen werden.

Die Bayer Volkspartei-Korrespondenz schreibt: Wie wir von gut unterrichteter Seite aus Stuttgart erfahren, gewinnt in den schwäbischen und bairischen politischen und wirtschaftlichen Kreisen der Gedanke des staatlichen Zusammenschlusses zwischen Württemberg und Baden immer mehr an Boden. Die anfänglichen Widerstände gegen dieses Projekt sind so gering geworden, daß mit einer nicht allzuweitern Verwirklichung gerechnet werden muß. Die Anhänger des Zusammenschlusses tragen sich mit der Hoffnung, daß bei Bildung eines schwäbisch-bairischen Wirtschaftsgebietes die bayerische Finanzlage von Bayern loslösen und dem neugeschaffenen süddeutschen Lande einverleiben ließe.

Regensburg. Die weltberühmte Kirchenmusikschule in Regensburg, wo die tüchtigsten Kirchenmusiker der Jetztzeit — unter anderem Perosi von der Sixtinischen Kapelle — studiert haben, wo jetzt noch Kirchenmusiker von Weltruf als Lehrer wirken, ringt in schwerer Zeit um ihre Existenz. Diese Schule hat Bayern zum Mittelpunkt der kirchenmusikalischen Studien der Welt gemacht, und es wäre unverzeihlich, sie verhungern zu lassen. Der bayerische Landtag hat ihr freilich einen Zuschuß von 25,000 Mark bewilligt. Aber das ist nur ein Tropfen im Eimer.

Berlin. Der Reichstag hat das Armeegesetz geändert, um es in Einklang mit den von den Alliierten in deren Ultimatum gestellten Forderungen zu bringen. In dem Gesetz wird jetzt ausdrücklich vorgeschrieben, daß die deutsche Armee aus nicht mehr als 100,000 Mann bestehen soll, worin 4000 Offiziere oder Personen mit Offiziersrang eingeschlossen sein sollen.

In Verantwortung einer Note der interalliierten Militärkommission bezüglich des Verbleibs der „Großen Bertha“, die von den Deutschen während des Krieges verwendet wurden, erklärte die deutsche Regierung: „Es gab keine solche weittragenden Geschütze, von denen vier vor dem Waffenstillstand zerstört wurden, das fünfte wurde in Esjeen im April 1919, das sechste in Meppen und das siebente in Magdeburg im November 1919 abmontiert.“

Brüssel. Unter den Bestimmungen eines in Brüssel abgeschlossenen formellen Uebereinkommens ist Belgien an die Stelle Deutschlands als „Beschützer“ des Großherzogtums Luxemburg getreten. Durch das Uebereinkommen wird ein Streit zwischen Frankreich und Belgien beendet, der am Schlusse des Weltkriegs begann. Durch die Bedingungen des neuen Abkommens werden alle Zollformalitäten zwischen Belgien und Luxemburg abgeklärt, und in der Zukunft werden die Interessen Luxemburgs in die Hände belgischer Konsular-Beamten gelegt werden. Woimmer das Großherzogtum nicht

durch eigene Konsularagenten vertreten ist. Alles Luxemburger Geld, mit Ausnahme von Banknoten unter zehn Franken, im Gesamtbetrage von 25,000,000 Franken wird durch belgisches Geld ersetzt werden. — Die Konsolidierung des Luxemburger Bahnsystems mit dem belgischen ist vereinbart worden.

Paris. Die Summen, die die Alliierten den Ver. Staaten schulden, werden von Deutschland, mittels „Wiederherstellungs-Bonds“ bezahlt werden. Die Bonds werden auf den Entschädigungszahlungen Deutschlands fußen und von Frankreich, England, Italien und den anderen in Betracht kommenden Mächten ausgegeben werden. So hat ein Komitee von Finanzleuten der Alliierten, das am 16. Juni in Paris in Sitzung trat, entschieden. Durch diese Entscheidung wird der Londoner Plan für Zusammenfassung der deutschen Verpflichtungen in eine große internationale Anleihe über den Haufen geworfen und den Abmachungen der Wiederaufbau-Minister Loucheur und Mathieu in deren Zusammenkunft in Wiesbaden zugestimmt. Der neue Plan bedeutet, daß Deutschlands Goldmark Entschädigungsbonds unter den Alliierten pro rata verteilt werden, im Einklang mit den Abmachungen, die in Brüssel und Spa getroffen wurden. Danach erhält Belgien die erste Milliarde. Die Bonds werden im ersten Jahre 12,000,000,000 Mark betragen. Frankreich wird seine 5,200,000,000 als Basis für eine neue nationale Anleihe von 14,000,000,000 Francs benutzen. Hiermit will es seine fremden Schulden bezahlen, einschließlich dessen, was es Deutschland für Kohlen und den Vereinten Staaten an Kriegsanleihen schuldet. Wenn die Ver. Staaten mit dieser Zahlungseise zufrieden sind, werden sie statt der Note Frankreichs einige Papierwische haben, die die Unterchriften Frankreichs und Deutschlands aufweisen, aber nur von Deutschland in dem Maße, wie es zahlungsfähig wird, kollektiert werden können. So hoffen die Alliierten die Aufgabe Deutschland zahlen zu machen, auf die Ver. Staaten abzuladen, da die Garantien der einzelnen Nationen wertlos sind.

Eine Depesche aus Warschau meldet, daß die Slowenen sich unabhängig von der Tschechoslowakei erklärt haben, weil sie ungerecht behandelt worden seien. Sie erklären, sie würden sich niemals wieder der Diktatur der Regierung in Prag fügen. In der Proklamation wird Professor Hlida von der Universität Budapest als Präsident der neuen Slowenischen Republik ausgerufen. Die tschechisch-slowakische Regierung hat die Anwendung von Gewalt zur Unterdrückung der Erhebung im Sinne. Sie glaubt, daß die Slowenen beabsichtigen, sich Ungarn anzuschließen.

Die französische Dampferlinie richtete einen Flugzeugdienst ein, um Passagiere, die mit dem neuen Del brennenden Dampfer „Paris“ nach Amerika fahren wollen, von Paris nach Havre zu bringen, wenn diese Passagiere den letzten Tag noch in Paris verbringen wollten. Der Dampfer Paris, der größte, der je für die französische Linie gebaut wurde, tritt seine Jungfernfahrt am 16. Juni an. Die 2000 Passagiere, die mit dem

Schiffe fahren, brauchen nicht zu fürchten, denn es führt 17,000 Flaschen Champagner, 645 Kisten Norweim, 856 Kisten Weizen und große Mengen Roggen und sonstige Spirituosen mit sich. Unter den Passagieren befindet sich General Kavelle, der in einer Mission nach Canada geht.

Berlin. Die Reichstagsitzung wurde am Nachmittag des 17. Juni aufgeschoben, weil sie in eine Materie ausartete. Der Aufbruch entstand, als die Regierung über die Ermordung des Unabhängigen Sozialisten Gareis in München berichtete. Die Kommunisten stürzten sich auf die Nationalisten und wurden handgrifflich.

Vereinigte Staaten

Washington. Das Konferenzkomitee der zwei Häuser des Kongresses begann am 17. Juni mit der Erörterung der Friedensbeschlüsse, von denen der eine im Senat, der andere im Hause angenommen worden ist. Es heißt, daß die Senatoren Lodge und Knox und die Repräsentanten Porter und Rogers, vier der Mitglieder des Konferenzkomitees, in Beratung gewesen sind und sich dahin geäußert haben, daß einige Änderungen in dem Porter-Beschluß gemacht werden würden, worauf der Beschluß als der Knox-Beschluß an den Senat und das Haus zurückberichtet werden würde. In der Höhe des Schadens gegen die Mittelmächte nicht enthalten sein. Staatssekretär Hughes beschäftigt sich mittlerweile mit der Frage eines Vertrages mit Deutschland. Nach seiner Ansicht müßten die Verein. Staaten entweder den Vertrag von Versailles mit Ausschluß des Völkerbundes und mit den nötigen Änderungen und Vorbehalten annehmen, oder einen besonderen Friedensvertrag mit Deutschland abschließen. Es ist bekannt, daß Hughes den ersten Weg vorzieht, weil er der Ansicht ist, daß die Ver. Staaten dadurch das offizielle und unbestreitbare Recht erhielten, in den Weltangelegenheiten mitzusprechen. Ferner würden die Ver. Staaten dadurch mit Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien eine gleichwertige Stimme erhalten in der Verfügung über die Gebiete und Hilfsmittel Deutschlands.

Pueblo, Col. Eine verheerende Ueberschwemmung, von der alle Teile Colorados östlich der Rocky Mountains heimgesucht wurden, hat Hunderten von Menschen das Leben gekostet und einen Schaden verursacht, der nach den letzten Meldungen mit zehn Millionen Dollars nicht zu hoch gegriffen ist. Bei der gewaltigen Katastrophe hat Pueblo, allen Touristen nur zu gut bekannt, am schlimmsten abgesehen; denn dort haben infolge Austretens des Arkansas River die entsetzlichsten Verwüstungen stattgefunden, deren Schrecken durch Brand nur noch vermehrt wurde. Das gesamte östliche und südliche Stadtviertel ist vom Geschäftsviertel abgeschnitten. Das Hotel Kreuz hat eine Hilfsaktion für die Notleidenden und Obdachlosen — mehr als 12,000 Bewohner haben ihre Heimstätten verloren — eingeleitet. In der Person C. W. Lees ist ein amtlicher Nahrungsmittelverwalter eingesetzt wor-

den, dessen Aufgabe die Ratenernung der in der Stadt vorhandenen Nahrungsmittel ist. Der Spezialagent der Atchison, Topela & Santa Fe Bahn, C. S. Hausbad, der sich in einem Auto nach Colorado Springs begab, gibt folgende Schilderung der Katastrophe: „Hunderte von Menschenleben sind verloren gegangen, und der Eigentumschaden geht in viele Millionen. Das Geschäftsviertel von Pueblo ist von Feuer und Wasser heimgesucht worden, und man wird wohl nie genau erfahren, wieviel Opfer die Katastrophe gefordert hat. Alle Wohnungsblöcke in den tiefer gelegenen Gegenden sind völlig vernichtet. Ich habe die ganze Nacht mit Hunderten anderer bei Rettung kleiner Kinder aus den Fluten verbracht und bin demnächst erkrankt, daß ich über das Erlebnis kaum zu sprechen imstande bin. Es war entsetzlich und spottet jeder Beschreibung. Ich sah mehrere Fachwerkhäuser einstürzen und in dem reißenden Strom versinken, jedes mit nach Hilfe rufenden Frauen und Kindern gefüllt.“ Am Bahnhof der Santa Fe Bahn stieg das Wasser bis zu 15 Fuß Höhe und vernichtete alles. In der ganzen Stadt sind Brände ausgebrochen. Die größten Geschäftshäuser, darunter die großen Banken, Cross & Briggs, White & Davis, Straubs Koffertfabrik, Kings Bauholzhandlung und andere wurden von den hereinbrechenden Fluten verwüstet und sodann durch Feuer vollends zerstört. — Die Höhe des Schadens läßt sich ermessen, wenn man hört, daß Gouverneur Shoup die Bundesregierung ersuchte, Colorado \$20,000,000 für die Opfer der Katastrophe zur Verfügung zu stellen.

New York. 5000 Einwanderer meist Italiener, befinden sich auf Schiffen in New Yorker Häfen und werden nicht ans Land gelassen, weil sie zu spät kamen, um den neuen Einwanderungsbeschränkungen zu entsprechen. Das Gesetz trat am 3. Juni in Kraft. Einwanderungskommissar Wallis sagte aus, wenn diesen Leuten nicht erlaubt werde, ans Land zu kommen, oder die Schiffe, auf denen sie sich befinden, nicht schnell die Ausfahrt anträten, würde es Todesfälle unter den Zwischenreisepassagieren geben. Auf Ellis Island sei die Zahl von Italienern jetzt so groß, wie unter der Dreiprozentbestimmung im Juni zugelassen werden konnten und die Einwanderungs-



Se. Gnaden der neue Bischof
 Josef Henri Prud'homme, D.D., D.D.C.,
 von Prince Albert und Saskatchewan.

behörden hätten keine andere Wahl, als das Gesetz zu befolgen. Die italienischen Dampfergesellschaften seien an der Lage der italienischen Einwanderer schuld, hatten gewußt, wann das Gesetz in Kraft trete, aber die Passagiere in der Hoffnung angenommen, daß ihre Dampfer noch rechtzeitig nach New York bringen würden. Einige Schiffe sei dies geglückt, aber drei, mit 5000 Einwanderern an Bord hatten den Hafen erst einige Stunden zu spät erreicht. Von den 5000 auf diesen Schiffen hatten die meisten nur wenige Dollars. Es werden weitere 10,000 Einwanderer, die sich jetzt auf dem Wasser befinden, in amerikanischen Häfen erwartet. Viele von diesen werden sich in der gleichen Lage befinden wie die Italiener. Nachdem solche Passagiere zehn Tage oder länger in den Zwischendecksräumen der Dampfer eingesperrt gewesen, konnten viele in geschwächtem Zustande an. Wenn diese an Bord bleiben, während die Dampfergesellschaften eine Entscheidung darüber erwarteten, ob sie ans Land gebracht werden dürfen und dann die lange Ausfahrt durchmachen müßten, werden, nach Ansicht des Einwanderungskommissars manche sterben.

Als Protestkundgebung gegen „die Tyrannei des Vorkriegsimmigrationsgesetzes“ wie es in dem ersten Entwurf für die Auswanderung gegen Prohibition hieß, wird am 4. Juli in New York (Kontinuation auf Seite 5.)

Premier Martin gibt sein neues Kabinett bekannt.

Am 14. Juni erklärte Premierminister Martin, daß er nach dem günstigen Verlauf der Wahlen das Provinzialkabinett neu konstituiert habe. Die früheren Minister wurden fast sämtlich beibehalten, nur sind die Portfolios teilweise gewechselt worden. Der einzige Minister, der nicht schon früher Kabinettmitglied war, ist der neue Landwirtschaftsminister, J. A. Maharg. Nach der Rekonstitutionierung haben folgende Herren die verschiedenen Ministerposten inne:

- Premier Martin: Generalanwalt und Minister des Telegraphen- und Eisenbahnwesens.
- Achtb. A. P. McRab: Minister der öffentlichen Arbeiten.
- Achtb. Geo. Langley: Minister der Municipal Angelegenheiten und des öffentlichen Gesundheitswesens.
- Achtb. C. A. Tunning: Provinzial-Sekretär, Provinzial-Schulmeister und Minister der Arbeiten und Industrien.
- Achtb. E. J. Latta: Minister des Unterrichts.
- Achtb. C. M. Hamilton: Minister für Straßenbau.
- Achtb. J. A. Maharg: Minister der Landwirtschaft.

Da Herr Langley bei der jüngsten Wahl im Wahlkreise Redberry unzulänglich ist, so wird er sich um einen andern Wahlkreis umsehen müssen. Es heißt, daß er sich wahrscheinlich im Wahlkreise Cumberland um die Wahl bewerben wird.